



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 10. Dezember 2013

P135224

Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen

- ://:
1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
 2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Andreas Zappalà und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Andreas Zappalà und Konsorten als Anzug zu überweisen. Er stimmt mit den Motionärinnen und Motionären darin überein, dass überzeugende Gründe dafür bestehen, auch für die Wahlen in den Grossen Rat unter gewissen Voraussetzungen auf die Pflicht der Unterzeichnung von Wahlvorschlägen zu verzichten. Die Befreiung vom Unterschriftenquorum sollte aber nicht vom Erreichen der Fraktionsstärke im Grossen Rat abhängig gemacht werden, sondern wahlkreisspezifisch erfolgen. Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, dass das Wahlgesetz dahingehend zu ändern ist, dass politische Gruppierungen, die bei den letzten Wahlen in einem Wahlkreis mindestens einen Sitz zugeteilt erhalten haben, in diesem Wahlkreis einen Wahlvorschlag ohne die erforderlichen 10 bzw. 30 Unterschriften gültig einreichen können.

